

Für den Landkreis Göppingen in Berlin



Ausgabe Nr. 22 März 2015

SPD

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde im Landkreis Göppingen,

diese Sitzungswoche wurde überschattet von dem furchtbaren Flugzeugabsturz der Germanwings-Maschine in den französischen Alpen. Der Deutsche Bundestag hat am Donnerstag, den 26. März 2015, in einer Trauerstunde der 150 Opfer gedacht.

Fassungslos haben wir zur Kenntnis nehmen müssen, dass der Absturz womöglich bewusst herbeigeführt wurde. Es ist eine menschliche Tragödie, die Deutschland, Spanien und Frankreich in Schock und Schmerz verbindet und die uns mit vielen Fragen zurücklässt, die wohl niemals abschließend beantwortet werden. Ganz oft wandern derzeit meine Gedanken zu den Angehörigen und Freunden der Opfer. Wieviele Hoffnungen und Träume wurden hier mit einem Schlag zerstört.

Demgegenüber sind es doch kleine Schwierigkeiten, denen wir in dieser Woche im politischen Tagesgeschäft begegnet sind. Deutschland ist eines der wenigen Industrieländer ohne Präventionsgesetz. Darum ist es erfreulich, dass wir nun endlich wieder einen Gesetzentwurf zur Gesundheitsförderung vorliegen haben. Der deutlich weiterreichende Entwurf der früheren rot-grünen Bundesregierung fiel ja leider der vorgezogenen Neuwahl von 2005 anheim.

Das Projekt PKW-Maut dagegen ist kein Kernanliegen der SPD, sondern eine Kröte, die wir um der Koalitionstreue willen schlucken mussten. Wir konnten aber immerhin dank zäher Verhandlungen Verbesserungen durchsetzen. Und im Streit um bessere Leistungen für Familien haben sämtliche SPD-Minister deutlich gemacht, dass die Pläne des Finanzministers, die Alleinerziehenden leer ausgehen zu lassen, mit der SPD nicht machbar sind.

Nach diesen strapaziösen Wochen freue ich mich gemeinsam mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf die kommenden Osterferien. Ich wünsche Ihnen und Euch allen erholsame Feiertage und eine schöne Osterzeit.

Ihre/Eure



www.heike-baehrens.de



www.facebook.com/baehrensmdb



Präventionsgesetz: Auf dem Weg

Mit der 1. Lesung ist das „Gesetz zur Gesundheitsförderung und Prävention“, kurz „Präventionsgesetz“, auf den Weg der parlamentarischen Beratung gebracht. Die SPD wird sich dafür einsetzen, die Vorsorge vor allem für Kinder und Jugendliche zu stärken. Außerdem werden wir kleinere und mittlere Unternehmen in den Fokus unserer Bemühungen nehmen. Gesundheitsförderung muss in den Kitas, Schulen und Betrieben, aber auch in Pflegeeinrichtungen stattfinden, damit die Menschen dort gefördert werden, wo sie leben, unabhängig von Alter und Lebensabschnitt.



Bild: © SPD-Landesverband Baden-Württemberg

Nach dem Gesetzentwurf werden die Leistungen der Krankenkassen für Prävention und Gesundheitsvorsorge mehr als verdoppelt. Die Vorsorge- und Früherkennungsuntersuchungen werden weiterentwickelt, um individuelle Belastungen und Risikofaktoren früh zu erkennen.

Die vielen kleinen und mittleren Betriebe in unserem Landkreis können und wollen mehr für die Gesundheit ihrer Belegschaft tun. Dies wird zukünftig gefördert und es wird neue Möglichkeiten geben, um die betriebliche Gesundheitsförderung stärker mit dem Arbeitsschutz zu verflechten. Ganz besonders wichtig ist es mir, ein besseres Augenmerk auf belastende Arbeitssituationen bei Schichtarbeit oder auch der Pflege von Angehörigen zu legen. In den kommenden Beratungen zum Präventionsgesetz wird die SPD-Bundestagsfraktion versuchen, unserem Ziel noch näher zu kommen, allen Menschen in unserer Gesellschaft ein möglichst gutes, langes und gesundes Leben zu ermöglichen – natürlich unabhängig von Herkunft und sozialem Status.



Interview: Frank-Walter Steinmeier zu aktuellen Themen

Wir leben in einer Zeit, die von krisenhaften Entwicklungen in vielen Gegenden der Welt geprägt ist. Würdest Du die Einschätzung teilen, dass es schon lange nicht mehr eine solche Verdichtung von zeitgleich auftretenden, sich zuspitzenden weltpolitischen Konflikten gegeben hat?

Steinmeier: Ich kann mich tatsächlich kaum an eine derartige Krisendichte, wie wir sie im Moment erleben, erinnern. Aber die Krisen folgen nicht nur immer schneller aufeinander, sie werden auch immer komplexer. Hinzu kommt, dass diese Krisen auf eine immer chaotischere Welt, auf eine immer unklarere internationale Ordnung treffen. Ich fürchte, dass wir

uns darauf einstellen müssen, dass die Krise nicht die Ausnahme, sondern Normalfall ist. Hier ist Deutschland als größtes und ökonomisch stärkstes Land in Europa enorm gefordert.

Lesen Sie das gesamte Interview auf meiner Homepage. [Folgen Sie dazu diesem Link.](#)





Junge Frauen in die Politik

Kerstin Höfgen berichtet von ihrem Praktikum in meinem Berliner Büro

Als Praktikantin bei Heike Baehrens in ihrem Berliner Abgeordnetenbüro habe ich Einblicke bekommen in die Arbeit einer Bundestagsabgeordneten und in die Abläufe im Parlament. Außerdem bietet die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag ihren Praktikant*innen ein abwechslungsreiches Programm mit Führungen durch die Regierungsinstitutionen (Ministerien, Bundeskanzleramt und Bundsrat) und Gesprächen mit Politikmacher*innen, wie dem Fraktionsvorsitzenden Thomas Oppermann oder den Botschafter*innen verschiedener EU-Staaten.

Besonders lehrreich war für mich der Umgang mit Bürger*innenanfragen. Diese kommen hier bei Heike zahlreich an und werden in ihren Anliegen ernst genommen. Wenn es sich um Anfragen handelt, zu deren Inhalt andere SPD-Abgeordnete arbeiten, werden diese weiter geleitet um mit dem passenden Sachverstand beantwortet zu werden. Alle anderen Anfragen werden sorgfältig in Zusammenarbeit mit Heike beantwortet.

Politisch habe ich mir vier entscheidende Wochen ausgewählt. Gleich in meiner ersten Woche als Praktikantin hat das Parlament die Frauenquote für börsennotierte Unternehmen beschlossen. Ein wegweisender Schritt für mehr Geschlechtergerechtigkeit in Deutschland.

Abschließend möchte ich mich bei Heike und ihrem gesamten Team für vier interessante und lehrreiche Wochen Praktikum in Berlin bedanken!



Bild: Praktikantin Kerstin Höfgen und Heike Baehrens



PKW-Maut

In einem Europa der offenen Grenzen sollten wir keine neuen Barrieren errichten. Ich bin sehr skeptisch, ob die Regelungen zur PKW-Maut mit europäischem Recht vereinbar sind.



Foto: © KlausFoehl

Auf unsere Initiative hin konnten wir uns mit den Unions-Fraktionen auf Verbesserungen einigen. So wird die Maut nach zwei Jahren einem Einnahme-

und Bürokratiecheck unterzogen. Außerdem wurde vereinbart, die LKW-Maut ab Mitte 2018 auf Bundesstraßen auszuweiten.

Sämtliche Maut-Einnahmen sollen voll für den Straßenbau verwendet werden. Darum wird der Bund auch endlich klare Prioritäten für Straßenbauprojekte festlegen. Diese Forderung der SPD wurde im Entschließungsantrag zum Maut-Gesetz beschlossen. Das Geld muss endlich dahin fließen, wo es auch benötigt wird. Dort, wo Pendler heute noch täglich im Stau stehen und wichtige Verkehrsachsen wie die A8 auf den Ausbau warten. Deswegen werde ich mich weiterhin bei Bundesminister Dobrindt für einen zügigen Ausbau des Alaufstiegs einsetzen.

Herr Finanzminister, sie wollen Alleinerziehende wirklich nicht steuerlich entlasten?

- Jede 5. Familie in Deutschland ist eine Einelternefamilie (1,6 Millionen Mütter oder Väter und 2,2 Millionen Kinder oder 17 % aller Kinder).
- 90 % aller Alleinerziehenden sind Frauen.
- Alleinerziehende sind oft teilzeiterwerbstätig und/oder im Niedriglohnssektor beschäftigt.
- Das Armutsrisiko für Alleinerziehende und ihre Kinder ist besonders groß.
- Kinder alleinerziehender Eltern sind die größte und dauerhafteste Gruppe der in Armut lebenden Kinder.
- 41,7 % der Alleinerziehenden hatten 2009 monatlich weniger als 1.300 € zur Verfügung, 54 % unter 1.100 €.
- Der steuerliche Entlastungsbetrag für Alleinerziehende wurde seit 12 Jahren nicht angepasst.
⇒ Im Schnitt haben Alleinerziehende am Jahresende durch den Entlastungsbetrag 350 € mehr im Familienbudget.
Ehepaare haben durch Splitting bis zu 15.000 € mehr zur Verfügung, auch wenn sie keine Kinder haben.

Im Koalitionsvertrag haben wir vereinbart:

"Der steuerliche Entlastungsbetrag für Alleinerziehende [...] soll angehoben werden"

Wir fordern: Wort halten! Steuerklasse II erhöhen!

(Quelle: Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung; BMFSFJ; Statistisches Bundesamt)



Milchbauern brauchen faire Preise

Die Milchmengen sind in Europa seit den 1980er Jahren gedeckelt, um eine Überproduktion zu verhindern.



Foto: © Gngarra

Ende des Monats läuft die Milchquotenregelung in der EU aus. Trotz der derzeit guten Lage für die Erzeuger durch steigende Preise, haben wir in einem gemeinsamen Antrag der Koalitionsfraktionen deutlich gemacht, dass wir die Folgen des Quotenausstiegs intensiv beobachten werden. Das Aus der Milchquoten darf nicht auf Kosten der bäuerlichen Familienbetriebe gehen. Wir wollen die Marktposition der Milcherzeuger stärken und gleichzeitig Umwelt und Tiere schützen.



Bilder der vergangenen Tage und Wochen



Aktuelle Infos und Bilder auf meiner Facebook-Seite.



1&2 20 jähriges Jubiläum der Eislinger-Frauen-Aktion efa

4&5 Fraktion vor Ort - in Erlangen und Schwarzenbruck bei Nürnberg. Gemeinsam mit meiner Kollegin Martina Stamm-Fibich

5&6 Landesparteitag der SPD-Baden-Württemberg. Scharf und würzig — na klar! (7)

7 Gruppenfoto der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 4. BPA-Informationsfahrt in der Kuppel des Reichstagsgebäudes



Termine 30. März - 20. April 2015

30. März 2015 - 08. April 2015

Osterpause

Donnerstag, 09. April, 19:00 Uhr

Roter Treff - Bericht aus Berlin

SPD Eislingen

Montag, 13. April, 16:00 Uhr

Bürgersprechstunde im Bürgerbüro

Dienstag, 14. April, 10:00 Uhr

Firmenbesuch Kolberg Percussion

14:30 Uhr

IG-Metall-Senioren Göppingen

18:00 Uhr

Veranstaltung mit AfA-Bundesvorsitzenden Klaus Barthel, MdB

Mittwoch, 15. April, 10:00 Uhr - 12:30 Uhr

Ortsbesuch Hohenstadt

15:30 Uhr

Firmenbesuch WS Datenservice Deggingen

Donnerstag, 16. April, 14:00 Uhr

Diskussion mit Schülerinnen und Schülern
Hohenstaufen-Gymnasium-Göppingen

Samstag, 18. April, 11:15 Uhr

Vortrag zum Pflegestärkungsgesetz bei der Ta-
gung der Angehörigenvertretung des BeB

18:30 Uhr

Festakt 175 Jahre Gesangverein

Liederkranz Böhmenkirch e.V.

20. April 2015 - 08. Mai 2015

Sitzungswochen in Berlin



Entdeckt im Shadowhaus Berlin

Bürgerbüro



Roth Carré Schillerplatz 10
73033 Göppingen



Tel: 07161 / 988 35 46
Fax: 07161 / 988 36 44

Deutscher Bundestag



Platz der Republik 1
11011 Berlin



Tel: 030 / 227 74157
Fax: 030 / 227 70159



www.heike-baehrens.de



www.facebook.com/baehrensmdb